

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59614

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Peter WEILER, Ernest Bevin, Manchester, New York (Manchester University Press) 1993, 232 S. (Lives of the Left).

Über Bevin liegt zwar die dreibändige Biographie von Alan Bullock vor, die Detailfülle und Strukturanalyse verbindet. Dennoch ist es zu begrüßen, daß der als Kenner der Politik der Labour Party im Kalten Krieg ausgewiesene Peter Weiler eine kurzgefaßte neue Biographie vorlegt, die vereinzelt bisher unbekanntes Material erschließt und einen distanzierteren Blick auf Bevin anstrebt, als es Bullock möglich war. Bevins Biographie und Karriere fällt aus den üblichen Mustern heraus. Sein Biograph hat es mit zwei großen Themenfeldern (britische Gewerkschaften und Außenpolitik) zu tun, in denen Bevin bleibende Spuren hinterließ. Bevor er einer der großen Gewerkschaftsführer seines Landes wurde, wuchs er in extrem ärmlichen Verhältnissen und ohne Bildung auf, was ihn auch innerhalb der politischen Führung der Labour-Bewegung zum Sonderfall machte. Noch mehr gilt dies für die letzte Spanne seines politischen Lebens, in der er als Außenminister in eine von Elitebewußtsein geprägte Welt eintrat. Ein größerer Gegensatz als der zwischen Bevin und seinem Vorgänger im Amt, Anthony Eden, läßt sich kaum denken. Im Vollzug praktischer Politik dagegen war Bevin, was Weiler überzeugend herausarbeitet, alles andere als ein Außenseiter. Als Gewerkschaftsführer folgte er – spätestens seit dem Fiasko des Generalstreiks von 1926 – einem korporatistischen Konzept und als Außenminister trat er seit 1945 in scharfer Frontstellung zur Parteilinken für die Kontinuität in der Formulierung britischer Interessen ein. In der Krise der Labour Party nach deren Spaltung 1931 war Bevin wesentlich an der Ausarbeitung eines pragmatischen und zugleich reformerischen Kurses beteiligt und trug seit 1940 als Arbeitsminister entscheidend dazu bei, die Regierungsfähigkeit und Kompetenz Labours unter Beweis zu stellen, so daß er zweifelsfrei zu den Vätern des großen Wahlsiegs seiner Partei 1945 zu zählen ist. Als Außenminister hat er, wie sein Biograph kritisiert, die sowjetische Bedrohung übersteigert dargestellt.

Die Anfänge des Westblocks gehen wesentlich auf seine Politik zurück. Zugleich teilte er die Fehleinschätzung der außenpolitischen Elite seines Landes, Großbritannien könne aus der Rolle des Juniorpartners der USA wieder herauskommen und zu der historisch überlieferten und keineswegs schon historisch gewordenen Rolle als eigenständiger Weltmacht zurückkehren. Weiler bemängelt den rückwärtsgewandten Blick Bevins. An die Stelle der kostspieligen und durch die Ressourcen Großbritanniens nicht gedeckten Weltmachtspolitik hätte schon 1945 eine Politik der wirtschaftlichen Modernisierung im Rahmen der europäischen Integration treten müssen. Bevin wollte den Niedergang britischen Einflusses als Weltmacht stoppen und umkehren. Tatsächlich aber habe er ihn durch weltpolitische Überbürdung eher beschleunigt.

Gottfried NIEDHART, Mannheim

British Documents on the End of Empire, Series A, Volume 2, The Labour Government and the End of Empire 1945–1951. Editor: Ronald HYAM. Part I: High Policy and Administration. Part II: Economics and International Relations. Part III: Strategy, Politics and Constitutional Change. Part IV: Race Relations and the Commonwealth. Published for the Institute of Commonwealth Studies in the University of London, London (HMSO) 1992, 372, 498, 419, 399 S.

Bis zur Mitte der 50er Jahre unseres Jahrhunderts war Großbritannien zweifellos eine imperiale Macht, deren Politik sich nur aus einer globalen Perspektive verstehen ließ. Der Frage, warum nach 1945 ein unaufhaltsamer Prozeß einsetzte, der allmählich zur friedlichen Auflösung des Weltreiches führte, versucht nun eine umfassend angelegte Aktenedition nachzugehen, deren erste Bände inzwischen vorliegen. Der Aufbau des ehrgeizigen Projektes spiegelt bereits die Vielzahl der Probleme wider, mit denen sich Großbritannien konfrontiert sah. Die Edition ist in drei große Bereiche gegliedert. Die Serie A beschäftigt sich in drei



Bänden mit kolonialpolitischen Fragen der Jahre 1924–1945 (Bd. 1), der Empire-Politik der Labour-Regierungen von 1945–1951 (Bd. 2) sowie mit derjenigen der konservativen Kabinette von 1951–1957 (Bd. 3). Die Serie B mit ihren fünf geplanten Bänden konzentriert sich dagegen auf einzelne Länder: Ghana (Bd. 1), Sri Lanka (Bd. 2), Malaya (Bd. 3), Ägypten (Bd. 4) und den Sudan (Bd. 5). Abschließend sollen in der Serie C die sich im Public Record Office in Kew befindlichen Archivalien zur britischen Kolonialgeschichte für den behandelten Zeitraum dokumentiert werden. Kompliziert wird der Aufbau des gesamten Projektes durch den Umstand, daß die einzelnen Bände der verschiedenen Serien in der Regel in mehreren Teilbänden erscheinen. In dem hier anzuzeigenden Band 2 der Serie A (vier Teilbände) behandelt jeder Teilband bestimmte Sachthemen. So beschäftigt sich der erste Teilband unter anderem mit den weitreichenden Entscheidungen Londons, sich aus Indien und Palästina zurückzuziehen (Kapitel 1) sowie mit Überlegungen, die Kolonialverwaltung in Afrika auf eine neue Grundlage zu stellen (Kapitel 2). Der zweite Teilband dokumentiert die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien für das Mutterland (Kapitel 3) und Fragen der internationalen Beziehungen (Kapitel 4). Im dritten Teilband werden die Verfassungsentwicklung in den Kolonien auf dem Weg zum self government dokumentiert (Kapitel 5) sowie strategische Fragen und die Verteidigung des Weltreiches beleuchtet (Kapitel 6). Im vierten Teilband richtet sich der Blick auf das Zusammenleben der verschiedenen Rassen im Empire (Kapitel 7) und auf die Entwicklung des Commonwealth (Kapitel 8).

Die vorangehenden Bemerkungen haben vielleicht bereits das Hauptproblem erkennen lassen, das sich dem Benutzer der Edition stellt. Das sicherlich verdienstvolle Bemühen des Herausgebers, möglichst umfangreich die Entwicklung des britischen Weltreiches zu erfassen und alle möglichen Bereiche kolonialer Politik aufzugreifen, führt zu einer sehr differenzierten Gliederung der Dokumentation und mitunter zu einem etwas abrupten Wechsel der behandelten Themen. Gleichzeitig werden eigentlich zusammenhängende Dokumente auseinandergerissen und in verschiedenen Kapiteln zum Abdruck gebracht. Einige Beispiele mögen dies beleuchten. Das Kapitel 5 im dritten Teilband, welches über die Verfassungsentwicklung in den Kolonien unterrichtet, ist seinerseits wieder in fünf Abschnitte unterteilt, die über die Vorgänge in Ost- und Zentralafrika, Westafrika, Zypern, den West-Indies und in anderen Territorien berichten. Dabei kommen im fünften Abschnitt Dokumente über Malaya/Borneo (Dok.-Nr. 256), Neufundland (Dok.-Nr. 257, 258, 264), Fiji (Dok.-Nr. 259, 267), Sarawak (Dok.-Nr. 260), Malta (Dok.-Nr. 261), Neue Hebriden (Dok.-Nr. 262, 266), Falkland-Inseln (Dok.-Nr. 263), Malaya (Dok.-Nr. 265) und Aden (Dok.-Nr. 268) zum Abdruck, die mitunter isoliert im Raum stehen und den Leser etwas ratlos zurücklassen. Wer sich dagegen über die Beziehungen zwischen Großbritannien und Indien informieren will, muß auf das Kapitel 1 im ersten Teilband und auf das Kapitel 8 im vierten Teilband zurückgreifen. Gleiches gilt für den Nahen und Mittleren Osten (Kapitel 1 und Kapitel 6). Das Personen- und Sachregister ermöglicht dem Leser jedoch eine rasche Orientierung, so daß der erwähnte Nachteil etwas abgemildert wird.

Der Band 2 der Serie A umfaßt insgesamt 444 Dokumente. Berücksichtigt wurden dabei ausschließlich offizielle Akten der britischen Seite. Damit ist die Perspektive festgelegt. Es ist vornehmlich die Sicht aus der britischen Metropole, wobei allerdings gelegentlich auch Stellungnahmen der Gouverneure beziehungsweise der Kolonialbeamten »vor Ort« wiedergegeben werden. Die Bandbreite der Verfasser reicht vom Premier-, Außen- und Kolonialminister über die wichtigsten Beamten des Colonial Office bis hin zu den »einfachen« Mitarbeitern der mit kolonialen Fragen beschäftigten Ministerien in London. Bei der Kommentierung hält sich der Herausgeber des vorliegenden Bandes, Ronald Hyam, wohltuend zurück. Wenn es sich als notwendig erweist, wird einzelnen Schriftstücken eine kurze Einleitung vorangestellt; ansonsten läßt er die Dokumente für sich sprechen.

Die Fülle des der Forschung zur Verfügung gestellten Materials ist beeindruckend. Der Leser, der sich durch die gesamte Edition hindurcharbeitet, wird durch die Menge der



Berichte, Analysen, Stellungnahmen und Diskussionen geradezu überwältigt. Von weltpolitisch höchst bedeutsamen Entscheidungen im Kabinett bis hin zu Maßnahmen zur Verbesserung der sanitären Zustände in abgelegenen Teilen Afrikas reichen die aufgegriffenen Themen. Wer sich künftig mit Fragen der britischen Empire-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, dem steht mit der vorliegenden Dokumentation erstmals eine solide Basis an veröffentlichten Quellen zur Verfügung. Die Edition steht damit den bisherigen offiziellen Quellenpublikationen zur britischen Nachkriegspolitik gleichrangig zur Seite.

Die abgedruckten Schriftstücke geben deutlich zu erkennen, daß Großbritannien sich auch nach 1945 eindeutig als Weltmacht mit globalen Interessen und Verpflichtungen definierte. In einem Memorandum vom 11. August 1951 beschrieb der damalige Deputy Under-Secretary of State im Foreign Office, Sir Roger Makins, die Rahmenbedingungen britischer Außenpolitik (Dok.-Nr. 162). Vorrangiges Ziel müsse es sein, »to maintain our position as a Great Power«. Dieses Vorhaben sei durchaus erreichbar, wenn vier Ziele verwirklicht werden könnten: Der Erhalt von Commonwealth und Empire; eine partnerschaftliche Beziehung zu den USA; die Festigung Westeuropas und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stärke und Unabhängigkeit des eigenen Landes. Auch die führenden Repräsentanten der Labour-Regierung sahen im Empire keine Belastung für das Mutterland, sondern fast einhellig eine Voraussetzung für den Erhalt der eigenen Großmachtposition im internationalen Staatensystem. Allein Attlee stellte den herrschenden Konsens zur Disposition, als er im Kabinett im März 1946 eine grundlegende Überprüfung der außenpolitischen Optionen seines Landes anmahnte und im Sommer 1947 die strategischen Überlegungen der Militärs als »a strategy of despair« radikal herausforderte (Dok.-Nr. 281). Außenminister Bevin stellte sich jedoch entschlossen auf die Seite der Chiefs of Staff, deren strategische Konzeption darauf hinauslief, vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Auseinandersetzung mit der Sowjetunion das gesamte Empire/Commonwealth zu verteidigen und sich nicht etwa auf den Schutz Großbritanniens zu beschränken. Londons Militärstrategie blieb auch nach dem »Verlust« Indiens global konzipiert und damit gegenüber den bisherigen Planungen in den Grundzügen unverändert. Die imperiale Verteidigung habe, so hieß es in einem Bericht des Joint Planning Staff für die Chiefs of Staff vom 19. Juni 1949, vor dem Krieg auf der Beherrschung der See und der Luftüberlegenheit auf dem Meer beruht. Dazu seien auch in der gegenwärtigen Situation weltweit Marinebasen und Luftstützpunkte notwendig. Selbst in einem möglichen Konflikt mit der Sowjetunion, so der Bericht, »this conception still applies« (Dok.-Nr. 409).

Nach der Auffassung der britischen Strategen standen Großbritannien und sein Empire in der globalen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Sowjetunion in der ersten Linie. Der amerikanische Doppelkontinent wurde als strategischer Versorgungsraum für Großbritannien erachtet (Bericht der Chiefs of Staff für das Cabinet Defence Committee, 2. April 1946, Dok.-Nr. 321). Attlees Anregung, die britische Insel umgekehrt als östlichen Vorposten eines strategischen Gebietes, »the centre of which is the American Continent« (Memorandum Attlees vom 2. März 1946, Dok.-Nr. 276), zu betrachten, wurde von den Militärs und den Kabinettskollegen daher wohl eher als Provokation denn als nützlicher Beitrag zur Verteidigungsplanung angesehen.

Die Überlegungen Bevins, Mombasa in Ostafrika zur britischen Kommandozentrale für den Nahen und Mittleren Osten beziehungsweise Nordostafrika auszubauen und eine strategisch nutzbare Straßenverbindung von West- nach Ostafrika zu errichten, entsprachen eher den Vorstellungen der Militärs, ließen sich nach genauer Prüfung allerdings nicht realisieren (Dok.-Nr. 319, 320, 324). Sie weisen jedoch darauf hin, daß nach dem Ausscheiden Indiens aus dem Empire Afrika in das Zentrum imperialer Pläne rückte. Die Ressourcen Afrikas sollten mobilisiert werden, um das britische Gewicht in der Weltpolitik zu erhalten beziehungsweise wieder zu stärken. »Africa is now the core of our colonial position; the only continental space from which we can still hope to draw resources of economic and military strength« (Aufzeichnung F. J. Pedlar, Assistant Secretary im Colonial Office, 1. November 1946, Dok.-Nr. 43).



Dabei war den »Planern« in London klar, daß die bloße Verwaltung der britischen Territorien in Afrika nicht mehr genügte. Man befinde sich, so hieß es in einem Memorandum des Chefs der für Westafrika zuständigen Abteilung im Colonial Office, K. E. Robinson, aus dem Jahr 1947 (Dok.-Nr. 49) in »an era of rapid change« und müsse daher neue Wege einschlagen. »Conservatism is as outmoded in Africa as it is now in Europe«.

In allen Bereichen – vor allem in der Wirtschaft – mußte vielmehr die Effizienz verbessert werden, Afrika sollte im britischen Interesse »modernisiert« werden. Local government hieß das neue »Zauberwort« im Colonial Office. Das im Mutterland bewährte Modell sollte auf den afrikanischen Kontinent übertragen und die einheimische Bevölkerung an der Verwaltung auf der lokalen Ebene allmählich stärker beteiligt werden. Zugleich verfolgte London damit das Ziel, »von unten« die Loyalität der Afrikaner zum Mutterland langfristig zu festigen. Flankierend dazu sollte das Bildungs- und Sozialsystem ausgebaut werden, um Afrika überhaupt in den Stand zu versetzen, einen Beitrag zum Wohlergehen des Empire leisten zu können. Zugleich hoffte man damit, der allmählich entstehenden afrikanischen Bildungs- und Führungsschicht, deren Loyalität zu Großbritannien skeptisch eingeschätzt wurde, politisch das Wasser abgraben zu können. Es war von vornherein ein Wettlauf mit der Zeit. 20–30 Jahre, so hofften die Experten an der Themse, werde man zur Realisierung des ehrgeizigen Programms zur Verfügung haben. Erst dann sei die Zeit gekommen und der Entwicklungsstand erreicht, um ernsthaft die Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit ins Auge zu fassen. Daß in einer fernen Zukunft der Übergang zum self government stehen mußte, war allerdings unausweichlich. Darauf hatte sich London schon in den Gesprächen mit dem amerikanischen Verbündeten im Mai 1950 festlegen müssen, um der antikolonialen Tradition der USA Tribut zu zollen und einem sich abzeichnenden ernsthaften Konflikt mit Washington in den Vereinten Nationen auszuweichen (Dok.-Nr. 188).

Die britische Wirtschaftspolitik in den kolonialen Gebieten war durchaus geeignet, dem Vorwurf des »Kolonialismus« neue Nahrung zu geben. Die Produktion und der Export von Rohstoffen wurden rigoros gesteigert. Die von London gezahlten Preise entsprachen dabei keineswegs den Weltmarktpreisen. In einer Aufzeichnung für Attlee gab dessen Cabinet Secretary, Sir N. Brook, am 14. Januar 1948 denn auch zu bedenken, daß die von der Regierung gebilligte Ansicht, »that the development of Africa's economic resources should be pushed forward rapidly in order to support the political and economic position of the United Kingdom« zwar »inevitable« sei, außenpolitisch aber zu einem Ansehensverlust führen könne (Dok.-Nr. 121).

Die Kampagne zur Einführung des local government Modells und zur Effizienzsteigerung wurde vom Kolonialminister, Arthur Creech Jones, mit großer Energie vorangetrieben. Sie stieß aber auf nur schwer zu überwindende Hindernisse. So warnte etwa der Gouverneur von Kenia, Sir P. Mitchell, in einem Bericht vom 30. Mai 1947 vor übertriebenen Erwartungen bei der Übertragung europäischer Denkweisen auf Afrika: »I agree emphatically with which you write about the importance of efficient, democratic local government. As to efficient, it may however be wise to add a word of caution; Africans are by nature easy going people, unpunctual and inexact, and zeal for efficiency on the part of supervising British authorities has to be tempered with tolerance and human understanding if there is not to be disillusion and frustration ...« (Dok.-Nr. 45). Zudem erwies sich der britische Fahrplan von einer Übergangszeit von 20–30 Jahren bis zur Einführung des self government als Fehl kalkulation. Zwar verlief die Entwicklung in Ost- und Zentralafrika noch in relativ ruhigen Bahnen, doch läuteten die Unruhen an der Goldküste im März 1948 einen raschen Wandel zur Beteiligung der Afrikaner an der Regierungsverantwortung ein. Die Briten reagierten pragmatisch. Nach seinem triumphalen Wahlsieg vom 8. Februar 1951 wurde Kwame Nkrumah aus dem Gefängnis entlassen und kurz darauf an die Spitze des Executive Councils der Kolonie gewählt. Die Goldküste war damit auf dem Weg zur Unabhängigkeit einen großen Schritt vorangekommen, ein Prozeß, der auch auf Nigeria nicht ohne nachhaltige Auswirkungen bleiben konnte.



London aber hatte sich mit einem afrikanischen Führer arrangieren müssen, dessen Aufstieg man nicht zuletzt durch das Programm des local government hatte verhindern wollen, da die Briten in ihm zunächst durchaus den Vertreter einer Schicht sahen, die sich nur dem eigenen Vorteil und nicht dem Wohlergehen der Massen verpflichtet fühlte. In diesem Sinne hatte F. J. Pedlar noch wenige Monate zuvor am 1. November 1946 festgehalten: »What is wanted now is a vigorous policy of African local government which will progressively democratise the present forms and bring literales and illiterales together, in balanced and studied proportions, for the management of local finances and services. Failing this, we shall find the masses opt to follow the leadership of demagogues who want to turn us out very quickly« (Dok.-Nr. 43).

Ungeachtet aller Anstrengungen, Afrika im britischen Sinne in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht zu entwickeln und seine Ressourcen – nicht zuletzt im Sinne der einheimischen Bevölkerung – zu erschließen, waren vor allem aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen und der schwindenden Macht Großbritanniens im internationalen Staatensystem offenbar auch die Tage der britischen Herrschaft in Afrika gezählt. Von den Entwicklungen in den fünfziger Jahren werden dann die folgenden Bände dieser beeindruckenden und für die Forschung künftig unverzichtbaren Edition Zeugnis ablegen.

Rainer LAHME, Passau

Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956, hg. von Klaus A. MAIER, Norbert WIGGERSHAUS, unter Mitarbeit von Günther HEBERT, München (R. Oldenbourg) 1993, 324 S. (Beiträge zur Militärgeschichte, 37).

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat die Staaten in Ost wie West vor revolutionäre Herausforderungen gestellt. Erste Hoffnungen auf den Beginn eines »goldenen Zeitalters« nach der Überwindung der Systemgegensätze weichen allmählich Anzeichen tiefer Verunsicherung. Auch der »Sieger« des welthistorischen Ringens, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, sucht nach neuen Aufgaben und Zielen. Als Zwischenbilanz eines Forschungsprojektes über die Formationsphase des Atlantikpaktes, der »immer auch ein politischer und wirtschaftlicher Staatenverband war« (Günter ROTH, S. 7), liegt nun ein umfangreicher Sammelband von Beiträgen einer wissenschaftlichen Tagung vor, die das Militärgeschichtliche Forschungsamt im September 1990 zum Thema »Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956« veranstaltete. Zwei Problemkreise standen im Mittelpunkt der Betrachtung: die Bedrohungsperzeptionen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes sowie die »interne Perspektive des Bündnisses ... als Verstrickung von europäischer und amerikanischer Politik unter Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte« (S. 7). In diesem Sinne analysieren Norbert WIGGERSHAUS und Alexander FISCHER in einem ersten Teil die internationalen Rahmenbedingungen anhand der nordatlantischen Bedrohungswahrnehmungen im Kalten Krieg beziehungsweise der sowjetischen Reaktion auf die Gründung der NATO. Im zweiten Abschnitt des Bandes wird die politische und ökonomische Zusammenarbeit thematisiert, wobei Klaus SCHWABE über Bündnispolitik und Integration handelt, Werner ABELSHAUSER wirtschaftlichen Aspekten des Kalten Krieges nachgeht und Heinz-Werner WÜRZLER die Anfänge kanadischer Militärhilfe für die europäischen NATO-Partner beleuchtet.

In einem dritten Komplex werden dann Aspekte der militärischen Integration untersucht: von Wichard WOYKE die Militärorganisation der NATO, von Christian GREINER die Bedeutung Kontinentaleuropas für die militärischen Planungen der NATO; Rolf TAMNES stellt die Rolle der Nordflanke des Bündnisses heraus, während Leopoldo NUTI die der Südflanke hervorhebt. Wilhelm MEIER-DÖRNBERG skizziert schließlich das Verhältnis zwischen NATO und der nicht zum Zuge gekommenen EVG.

Eine vierte Sektion widmet sich schließlich dem Problem der Nuklearpolitik aus der Perspektive der USA (Klaus A. MAIER), Großbritanniens (Jan MELISSEN), Frankreichs (Jean